

Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 19.12.2012

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	23:07 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratesvorsitzende:	Frau Pelke
Schriftführerin:	<u>Frau Birke</u>

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen-N ummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)	
3.1.	Kulturförderabgabe	2407/12
4.	Genehmigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 07.11.2012	
5.	Aktuelle Stunde	
6.	Beantwortung von Anfragen (§9 Abs. 2 GeschO)	
6.1.	Dringliche Anfragen	

6.1.1.	Dringliche Anfrage - Wende rückwärts? Fragesteller: Herr Hutt, Fraktion CDU	2485/12
6.1.2.	Dringliche Anfrage - Ist die Landeshauptstadt Erfurt zahlungsunfähig? Fragesteller: Herr Hutt, Fraktion CDU	2487/12
6.1.3.	Dringliche Anfrage - Sachstand Beitritt der Stadt Erfurt zum Zweckverband "Kommunaler Energiezweckverband Thüringen" (KET) Fragesteller: Herr Huck, Fraktion CDU	2494/12
6.1.4.	Dringliche Anfrage - Kulturförderabgabe und Datenschutz Fragesteller: Herr Panse, Fraktion CDU	2495/12
6.2.	Anfragen	
6.2.1.	Metropolregion Mitteldeutschland Fragesteller: Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE.	2293/12
6.2.2.	Intelligente Lichtsteuerung bei der Straßenbeleuchtung Fragesteller: Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE.	2292/12
6.2.3.	Zusammenlegung der SWE-Tochtergesellschaften EVAG und SWE Parken Fragesteller: Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE.	2414/12
6.2.4.	Barrierefreie Überquerung der Kreuzung Magdeburger Alle/Ecke Eislebener Straße/Papiermühlenweg Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	2451/12
6.2.5.	Höchstgeschwindigkeit an Schulen Fragesteller: Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1791/12
6.2.6.	umweltsensitive Verkehrssteuerung Fragesteller: Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2314/12
6.2.7.	vorläufige Fällgenehmigung für Bäume Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2428/12

6.2.8.	aktueller Planungsstand ICE-City Fragesteller: Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2443/12
6.2.9.	Bedarf an stationären Pflegeplätzen Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2452/12
6.2.10.	Erneuerung der Starkstromtrassen Fragesteller: Herr Kemmerich, Fraktion FDP	2331/12
6.2.11.	Korruptionsbekämpfung Fragesteller: Herr Rudovsky, Fraktion FDP	2332/12
7.	Dringliche Entscheidungsvorlagen	
8.	Entscheidungsvorlagen	
8.1.	Förderung von Mietwohnungsbau in Erfurt Einr.: Fraktion SPD	2442/11
8.1.1.	Ergänzungsantrag der Fraktion Freie Wähler zur DS 2442/11 - Förderung von Mietwohnungsbau in Erfurt	2523/11
8.2.	Prüfauftrag: Förderung umweltschonender Elektromobilität in Erfurt Einr.: Fraktion DIE LINKE.	0814/12
8.2.1.	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 0814/12 - Prüfauftrag: Förderung umweltschonender Elektromobilität in Erfurt	0954/12
8.2.2.	Änderungsantrag der Fraktion CDU zur DS 0814/12 - Prüfauftrag: Förderung umweltschonender Elektromobilität in Erfurt	2040/12
8.2.2.1.	Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Änderungsantrag der Fraktion CDU zur DS 0814/12 (DS 2040/12) - Prüfauftrag: Förderung umweltschonender Elektromobilität in Erfurt	2400/12

8.3.	Standardisiertes Verfahren für Einzelhandelsansiedlungen von Gewicht gemäß Stadtratsbeschluss 0313/10 vom 05.05.2010: Errichtung von großflächigen zentrenrelevanten Einzelhandelsbetrieben in Erfurt - östlich der Greifswalder Straße Einr.: Oberbürgermeister	0991/12
8.4.	Wahl eines ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten Einr.: Fraktion DIE LINKE.	1157/12
8.4.1.	Änderungsantrag der Fraktion SPD zur DS 1157/12 - Wahl eines ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten	2496/12
8.5.	Partikelfilter für Baumaschinen Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1443/12
8.5.1.	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Drucksache 1443/12 - Partikelfilter für Baumaschinen	2430/12
8.5.1.1.	Ergänzungsantrag der Fraktion SPD zur DS 2430/12 - Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Drucksache 1443/12 - Partikelfilter für Baumaschinen	2490/12
8.6.	Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen in der Landeshauptstadt-Abfallwirtschaftssatzung - (AbfwS) Einr.: Oberbürgermeister	1647/12
8.6.1.	Nachfragen im Zusammenhang mit der Behandlung der Drucksachen 1647/12 - Abfallwirtschaftssatzung und 2136/12 - Abfallgebührensatzung	2416/12
8.7.	Bebauungsplan LIN641 "Azmandorfer Straße" - Änderung Aufstellungsbeschluss, Billigung Vorentwurf, Frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung Einr.: Oberbürgermeister	1757/12
8.8.	Abberufung und Benennung eines Aufsichtsratsmitgliedes Einr.: Fraktion SPD	1769/12

8.9.	VS019 - Satzungsbeschluss über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre für den nördlichen Teilbereich des Geltungsbereiches des einfachen Bebauungsplans JOV573 "Eugen-Richter-Straße / Hamburger Straße" Einr.: Oberbürgermeister	1958/12
8.10.	1. Änderung der Tarifordnung zur Beteiligung der Eltern an den Aufwendungen für die Schülerspeisung an den staatlichen Schulen in der Landeshauptstadt Erfurt -SchSpTarifOEF- Einr.: Oberbürgermeister	2013/12
8.11.	Verstärker (Wieder-)Aufbau von selbstkochenden Einrichtungen zur Bereitstellung von Mittagessen für Schul- und Kindergartenkinder - Prüfauftrag Einr.: Fraktion DIE LINKE.	2039/12
8.11.1.	Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Drucksache 2039/12 - Verstärker (Wieder-)Aufbau von selbstkochenden Einrichtungen zur Bereitstellung von Mittagessen für Schul- und Kindergartenkinder - Prüfauftrag	2188/12
8.11.2.	Ergänzungsantrag der Fraktion SPD zur DS 2039/12 - Verstärker (Wieder-)Aufbau von selbstkochenden Einrichtungen zur Bereitstellung von Mittagessen für Schul- und Kindergartenkinder - Prüfauftrag	2189/12
8.12.	Einwohnerantrag nach § 16 ThürKO - "Ehrenamt ernst nehmen - Erfurter Vereine von Kostenlast befreien" Einr.: Oberbürgermeister	2079/12
8.13.	Energetische Stadtsanierung - Förderfähiges Quartier in der Oststadt Einr.: Oberbürgermeister	2094/12
8.14.	Satzung zur Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung in der Landeshauptstadt Erfurt -Abfallgebührensatzung (AbfGebS)- Einr.: Oberbürgermeister	2136/12

8.14.1.	Änderungsantrag der Verwaltung zur DS 2136/12 - Satzung zur Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung in der Landeshauptstadt Erfurt -Abfallgebührensatzung (AbfGebS)-	2444/12
8.15.	Wohnungsneu- und umbau in Erfurt - Prüfauftrag Einr.: Fraktion DIE LINKE.	2227/12
8.16.	Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2013 Einr.: Oberbürgermeister	2259/12
8.16.1.	Änderungsantrag der Verwaltung zur Drucksache 2259/12- Festlegung zur vorläufigen Haushaltsführung 2013	2395/12
8.16.2.	Ergänzungsantrag der Fraktionen Fraktionen SPD, DIE LINKE u. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 2395/12 - Änderungsantrag der Verwaltung zur Drucksache 2259/12- Festlegung zur vorläufigen Haushaltsführung 2013	2505/12
8.16.3.	Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur Drucksache 2259/12 - Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2013	2436/12
8.16.4.	Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Moskauer Platz zur Drucksache 2259/12 - Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2013	2442/12
8.16.5.	2. Änderungsantrag der Verwaltung zur Drucksache 2259/12- Festlegung zur vorläufigen Haushaltsführung 2013	2483/12
8.16.6.	Änderungsantrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2013	2504/12
8.16.7.	Nachfragen aus der Sitzung des Ausschusses Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung vom 05.12.2012 zu den Drucksachen 2259/12 und 2395/12	2422/12
8.16.8.	Informationsaufforderung zur DS 2259/12 - Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2013	2466/12

8.17.	Wegfall des 50-Cent-Zuschusses für die Verpflegung in Erfurter Kindertageseinrichtungen Einr.: Oberbürgermeister	2379/12
8.18.	10. über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellung 2012 Einr.: Oberbürgermeister	2385/12
8.19.	Einstellung des Entgeltes für das Sozialticket ab 01.01.2013 Einr.: Oberbürgermeister	2392/12
8.19.1.	Änderungsantrag der Verwaltung zur DS 2392/12 - Einstellung des Entgelts für das Sozialticket ab 01.01.2013	2482/12
8.19.1.1.	Änderungsantrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 2482/12 - Änderungsantrag der Verwaltung zur DS 2392/12 - Einstellung des Entgelts für das Sozialticket ab 01.01.2013	2506/12
8.20.	Abberufung und Neubenennung eines Aufsichtsratsmitglied der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2393/12
8.21.	Abberufung und Neubenennung Sparkassenverbandsrat Sparkasse Mittelthüringen Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2394/12
8.21.1.	Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 2394/12 - Abberufung und Neubenennung Sparkassenverbandsrat Sparkasse Mittelthüringen	2488/12
8.22.	Neofaschistische Symboliken auf städtischen Veranstaltungen eindämmen Einr.: Fraktion DIE LINKE.	2411/12
8.23.	Elektromobilität Einr.: Fraktion SPD	2418/12
8.24.	Doppik Einr.: Fraktion SPD	2420/12
9.	Informationen	
9.1.	Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Erfurt 2012	1332/12

Einr.: Oberbürgermeister

- | | | |
|--------|---|----------------|
| 9.2. | 3. Psychiatriebericht der Landeshauptstadt Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister | 1591/12 |
| 9.2.1. | Fragen und Anregungen zur Drucksache 1591/12 - 3.
Psychiatriebericht der Landeshauptstadt Erfurt | 1881/12 |
| 9.3. | Genehmigung der dritten Nachtragshaushaltssatzung
und des dritten Nachtragshaushaltsplanes für das
Haushaltsjahr 2012
Einr.: Oberbürgermeister | 2410/12 |

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister eröffnete die 40. öffentliche Stadtratssitzung der Wahlperiode 2009 - 2014 und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Er übergab sodann die Sitzungsleitung an die Stadtratsvorsitzende Frau Pelke.

Frau Pelke gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Zeitungsgruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch den Bereich Oberbürgermeister, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der ZGT vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die ZGT für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit der Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Sie fragte daraufhin, ob auf Grund dieser Mitteilung ein Stadtratsmitglied der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht.

Widerspruch gegen die Aufzeichnung erhob sich nicht.

Darüber hinaus teilte sie mit, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 24.11.2009 und am 28.02.2012 die Zustimmung erteilt hat, dass die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN bzw. die Fraktion Freie Wähler für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Im Anschluss wurde die form- und fristgemäße Einladung nach § 35 (2) ThürKO sowie die Anwesenheit - zu diesem Zeitpunkt waren 39 Mitglieder des Stadtrates anwesend - und die Beschlussfähigkeit nach § 36 (1) ThürKO festgestellt.

Danach wurde den Stadtratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten, nachträglich gratuliert.

Letztlich verwies sie auf die Pause, welche in der Zeit von 18.30 Uhr bis 19.00 Uhr stattfinden soll.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Folgende Änderungen zur Tagesordnung lagen vor:

a) Auf Antrag der einreichenden Fraktion SPD wird der TOP 8.24 - Drucksache 2420/12 - Doppik in die Beratung der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben verwiesen.

Auf Antrag der einreichenden Fraktion DIE LINKE. wird der TOP 8.22 - Drucksache 2411/12 - Neofaschistische Symboliken auf städtischen Veranstaltungen eindämmen in die Beratung der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile verwiesen.

b) vertagt werden auf Antrag des jeweiligen Einreichers:

TOP 8.1 - Drucksache 2442/11
Förderung von Mietwohnungsbau in Erfurt
Einr.: Fraktion SPD

TOP 8.8 - Drucksache 1769/12
Abberufung und Benennung eines Aufsichtsratsmitgliedes
Einr.: Fraktion SPD

TOP 8.15 - Drucksache 2227/12
Wohnungsneu- und umbau in Erfurt - Prüfauftrag
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

c) vertagt (auf Grund Vertagung im Ausschuss)

TOP 8.12 - Drucksache 2079/12
Einwohnerantrag nach § 16 ThürKO - "Ehrenamt ernst nehmen - Erfurter Vereine von Kostenlast befreien"
Einr.: Oberbürgermeister

d) gemeinsam beraten und getrennt abgestimmt werden:

TOP 8.6 - Drucksache 1647/12

Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen in der
Landeshauptstadt- Abfallwirtschaftssatzung - (AbfwS)

Einr.: Oberbürgermeister

und

TOP 8.14 - Drucksache 2136/12

Satzung zur Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung in der
Landeshauptstadt Erfurt -Abfallgebührensatzung (AbfGebS)-

Einr.: Oberbürgermeister

e) es wird vorgeschlagen, alle Drucksachen, die die vorläufige Haushaltsführung betreffen,
gemeinsam zu beraten und getrennt abzustimmen:

TOP 8.10 - Drucksache 2013/12

1. Änderung der Tarifordnung zur Beteiligung der Eltern an den Aufwendungen für die
Schülerspeisung an den staatlichen Schulen in der Landeshauptstadt Erfurt
-SchSpTarifOEF-

Einr.: Oberbürgermeister

TOP 8.17. - Drucksache 2379/12

Wegfall des 50-Cent-Zuschusses für die Verpflegung in Erfurter Kindertageseinrichtungen

Einr.: Oberbürgermeister

TOP 8.19. - Drucksache 2392/12

Einstellung des Entgeltes für das Sozialticket ab 01.01.2013

Einr.: Oberbürgermeister

TOP 8.16 - Drucksache 2259/12

Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2013

Einr.: Oberbürgermeister

Vor der Abstimmung über diesen Vorschlag stellte Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion
CDU, eine Nachfrage bezüglich der Redezeit.

Die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, wies darauf hin, dass die Redezeit bei einer
gemeinsamen Beratung zu mehreren Tagesordnungspunkten entsprechend umfassend
gegeben ist.

Daraufhin ließ sie über diesen Vorschlag, die genannten Drucksachen gemeinsam zu
beraten und getrennt abzustimmen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 37
Nein-Stimmen: 1
Enthaltung: 1

Somit wurde der Vorschlag mehrheitlich bestätigt und die Drucksachen, die die vorläufige Haushaltsführung betreffen, werden gemeinsam behandelt und getrennt abgestimmt.

f) Es wurde signalisiert, dass zu den Tagesordnungspunkten:

TOP 8.9 - Drucksache 1958/12

VS019 - Satzungsbeschluss über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre für den nördlichen Teilbereich des Geltungsbereiches des einfachen Bebauungsplans JOV573 "Eugen-Richter-Straße / Hamburger Straße"

Einr.: Oberbürgermeister

TOP 8.13 - Drucksache 2094/12

Energetische Stadtsanierung - Förderfähiges Quartier in der Oststadt

Einr.: Oberbürgermeister

kein Redebedarf besteht.

Weitere Anträge wurden nicht gestellt.

Gegen die genannten Änderungen zur Tagesordnung erhob sich kein Widerspruch.

3. Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 Gescho)

Nachstehende Einwohneranfrage lag vor.

3.1. Kulturförderabgabe 2407/12

Der Fragesteller war nicht anwesend.

zur Kenntnis genommen

4. Genehmigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 07.11.2012

genehmigt Ja 38 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

5. Aktuelle Stunde

Es liegt kein Antrag vor.

6. Beantwortung von Anfragen (§9 Abs. 2 GeschO)

6.1. Dringliche Anfragen

Folgende dringliche Anfragen liegen vor.

6.1.1. Dringliche Anfrage - Wende rückwärts? 2485/12 Fragesteller: Herr Hutt, Fraktion CDU

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 25
Enthaltungen: 2

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit nicht erreicht und die Anfrage nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

Dringlichkeit nicht bestätigt

6.1.2. Dringliche Anfrage - Ist die Landeshauptstadt Erfurt 2487/12 zahlungsunfähig? Fragesteller: Herr Hutt, Fraktion CDU

Die Stadtratsvorsitzende ließ über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 22
Enthaltungen: 1

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit nicht erreicht und die Anfrage nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2. Anfragen

- 6.2.1. **Metropolregion Mitteldeutschland** 2293/12
Fragesteller: Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE.

Der Fragesteller bedankte sich für die Antwort.

zur Kenntnis genommen

- 6.2.2. **Intelligente Lichtsteuerung bei der Straßenbeleuchtung** 2292/12
Fragesteller: Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE.

Der Fragesteller bedankte sich für die Antwort.

zur Kenntnis genommen

- 6.2.3. **Zusammenlegung der SWE-Tochtergesellschaften EVAG und SWE Parken** 2414/12
Fragesteller: Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE.

Der Fragesteller hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

- 6.2.4. **Barrierefreie Überquerung der Kreuzung Magdeburger Alle/Ecke Eislebener Straße/Papiermühlenweg** 2451/12
Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

Die Fragestellerin war mit der Antwort unzufrieden und beantragte eine zeitgleiche Überweisung der Anfrage in den Behindertenbeirat und den zuständigen Fachausschuss, den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Nach Rücksprache mit der Fragestellerin soll die Anfrage statt in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt in die Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 31.01.2013 verwiesen werden.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

- 6.2.5. **Höchstgeschwindigkeit an Schulen** 1791/12
Fragesteller: Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Bau- und Verkehrsausschuss.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.6. umweltsensitive Verkehrssteuerung 2314/12
Fragesteller: Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Fragesteller bedankte sich für die Antwort und hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

6.2.7. vorläufige Fällgenehmigung für Bäume 2428/12
Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Fragesteller bedankte sich für die Antwort und bat darum, wenn die Ergebnisse der Erprobung des neuen Verfahrens vorliegen, diese im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt zu benennen.

zur Kenntnis genommen

6.2.8. aktueller Planungsstand ICE-City 2443/12
Fragesteller: Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Fragesteller stellte eine Nachfrage zu der Zeitschiene, in welcher dem Stadtrat die Informationen zum aktuellen Planungsstand mitgeteilt werden sollen.

Herr Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, beantwortet diese.

zur Kenntnis genommen

6.2.9. Bedarf an stationären Pflegeplätzen 2452/12
Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.10. Erneuerung der Starkstromtrassen 2331/12
Fragesteller: Herr Kemmerich, Fraktion FDP

Im Namen des Fragestellers bedankte sich Herr Rudovsky für die Beantwortung und hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

6.2.11. Korruptionsbekämpfung 2332/12
Fragesteller: Herr Rudovsky, Fraktion FDP

Der Fragesteller hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

7. Dringliche Entscheidungsvorlagen

Es lagen keine vor.

8. Entscheidungsvorlagen

8.1. Förderung von Mietwohnungsbau in Erfurt 2442/11
Einr.: Fraktion SPD

vertagt

8.1.1. Ergänzungsantrag der Fraktion Freie Wähler zur DS 2523/11
2442/11 - Förderung von Mietwohnungsbau in Erfurt

vertagt

**8.2. Prüfauftrag: Förderung umweltschonender
Elektromobilität in Erfurt
Einr.: Fraktion DIE LINKE.**

0814/12

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme des Seniorenbeirates und der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vorliegt.

Der Stadtrat hat die Drucksache in seiner Sitzung am 28.11.2012 vertagt

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Drucksache in seiner Sitzung am 11.12.2012 mit Änderungen bestätigt (in Fassung DS 2040/12 und DS 2400/12)
(Ja 6 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0).

Es liegt ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0954/12 vor. Dieser wurde vom Einreicher in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 11.12.2012 zurückgezogen.

Weiterhin liegt ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 2040/12 vor. Hierzu liegt die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

Zudem liegt ein Antrag der Fraktion DIE LINKE mit Drucksache 2400/12, welcher den Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 2040/12) ergänzt, vor. Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

Der Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 2040/12) wurde im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt am 11.12.2012 mit Änderungen (in Fassung der Drucksache 2400/12) bestätigt (Ja 6 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0).

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, erläuterte die Intension des Antrages seiner Fraktion und wies auf dessen hohe umweltpolitische Bedeutung hin. Zudem soll die Stadtverwaltung angeregt werden sich an bundesweiten Projekten zu beteiligen und entsprechende Ressourcen und Fördermittel zu nutzen. Er bat um Zustimmung.

Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach sich im Namen seiner Fraktion für die Zustimmung des Ursprungsantrages der Fraktion DIE LINKE. inklusive dem genannten Antrag der Fraktion CDU und der Ergänzung der Fraktion DIE LINKE. aus. Jedoch wird der Beschlusspunkt 2 des Antrages der Fraktion CDU kritisch gesehen.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, bezog sich auf zwei Beschlusspunkte des Antrages, welche seine Fraktion als problematisch betrachtet. Zum einen sei dies der Beschlusspunkt 2 des Antrages sowie der Beschlusspunkt 3. Daher bat er im Namen seiner Fraktion um Einzelabstimmung der Beschlusspunkte.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, nahm Bezug zu den Aussagen seines Vorredners.

Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., erläuterte die Intension des Ursprungsantrages seiner Fraktion.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende zunächst über den Antrag der Fraktion SPD auf Einzelabstimmung der Beschlusspunkte der Drucksache in Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	18
Enthaltungen:	1

Somit wurde der Antrag auf Einzelabstimmung bestätigt.

Damit erfolgte die Abstimmung über den **Beschlusspunkt 1:**

Der Erfurter Stadtrat sieht in der Etablierung von Elektromobilität einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz im Verkehrssektor. Auch auf lokaler Ebene sollen mittels Unterstützung und Förderung von verschiedenen Formen der E-Mobilität verstärkt Anstrengungen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes (Klimaschutzkonzept) unternommen werden. Mit der Unterstützung der Marktvorbereitung und Markteinführung dieser Mobilitätsform in Erfurt wird darüber hinaus die Emission von Feinstaub und NO₂ (Luftreinhalteplan) und Lärm (Lärminderungsplan) reduziert sowie der Verbrauch von fossilen Brennstoffen vermindert. Dabei wird das Ziel verfolgt, die benötigte Elektroenergie aus regenerativen Quellen zu gewinnen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	35
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	3

Somit beschlossen.

Daraufhin rief sie den **Beschlusspunkt 2** zu Abstimmung auf:

Insbesondere zur Unterstützung des bundesweit stark wachsenden Anteils von Fahrrädern mit Elektromotorunterstützung sollen Elektroladestationen im öffentlichen Bereich errichtet werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: 20
Enthaltungen: 2

Damit wurde dieser abgelehnt.

Daraufhin wurde über der **Beschlusspunkt 3** abgestimmt:

Ergänzend zu den vorhandenen Ladesäulen für E-Pkw soll ein Netz von Ladesäulen auf ausgewählten innerstädtischen sowie P & R-Parkplätzen errichtet werden. Mindestens eine Schnellladesäule ist in den nächsten Jahren, insbesondere für den E-Fernverkehr zu installieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 21
Nein-Stimmen: 15
Enthaltungen: 2

Damit beschlossen.

Folglich wurde der **Beschlusspunkt 4** abgestimmt:

In Abstimmung mit der SWE-EVAG ist der Einsatz von Elektrobussen im Stadtbusliniennetz zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 3

Somit beschlossen.

Daraufhin rief sie den **Beschlusspunkt 5** zur Abstimmung auf:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Fördermittel für innovative Projekte zur Etablierung der E-Mobilität in der Landeshauptstadt beim Bund zu beantragen. Ziel der Beantragung soll sein, E-Mobilität in den Lebensbereichen Wohnen, Freizeit und Verkehr (grüne Mobilitätsketten) pilothaft zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 3

Damit beschlossen.

Weiterhin wurde der **Beschlusspunkt 6** abgestimmt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur finanziellen Unterstützung der Punkte 2 bis 5 Fördermittel beim Land zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	3

Somit beschlossen.

Abschließend wurde der **Beschlusspunkt 7** abgestimmt:

Bei der Fahrzeugbeschaffung wird die Stadtverwaltung dazu aufgefordert, den Anteil elektromobiler Fahrzeuge in den nächsten 5 Jahren auf mindestens 10 Prozent des Fuhrparks zu steigern.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	3

Somit ebenfalls beschlossen.

mit Änderungen beschlossen

01

Der Erfurter Stadtrat sieht in der Etablierung von Elektromobilität einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz im Verkehrssektor. Auch auf lokaler Ebene sollen mittels Unterstützung und Förderung von verschiedenen Formen der E-Mobilität verstärkt Anstrengungen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes (Klimaschutzkonzept) unternommen werden. Mit der Unterstützung der Marktvorbereitung und Markteinführung dieser Mobilitätsform in Erfurt wird darüber hinaus die Emission von Feinstaub und NO₂ (Luftreinhalteplan) und Lärm (Lärminderungsplan) reduziert sowie der Verbrauch von fossilen Brennstoffen vermindert. Dabei wird das Ziel verfolgt, die benötigte Elektroenergie aus regenerativen Quellen zu gewinnen.

02

Ergänzend zu den vorhandenen Ladesäulen für E-Pkw soll ein Netz von Ladesäulen auf ausgewählten innerstädtischen sowie P & R-Parkplätzen errichtet werden. Mindestens eine Schnellladesäule ist in den nächsten Jahren, insbesondere für den E-Fernverkehr zu installieren.

03

In Abstimmung mit der SWE-EVAG ist der Einsatz von Elektrobussen im Stadtbusliniennetz zu prüfen.

04

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Fördermittel für innovative Projekte zur Etablierung der E-Mobilität in der Landeshauptstadt beim Bund zu beantragen. Ziel der Beantragung soll sein, E-Mobilität in den Lebensbereichen Wohnen, Freizeit und Verkehr (grüne Mobilitätsketten) pilothaft zu unterstützen.

05

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur finanziellen Unterstützung der Punkte 2 bis 5 Fördermittel beim Land zu beantragen.

06

Bei der Fahrzeugbeschaffung wird die Stadtverwaltung dazu aufgefordert, den Anteil elektromobiler Fahrzeuge in den nächsten 5 Jahren auf mindestens 10 Prozent des Fuhrparks zu steigern.

**8.2.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 0954/12
zur DS 0814/12 - Prüfauftrag: Förderung
umweltschonender Elektromobilität in Erfurt**

zurückgezogen

**8.2.2. Änderungsantrag der Fraktion CDU zur DS 0814/12 - 2040/12
Prüfauftrag: Förderung umweltschonender
Elektromobilität in Erfurt**

bestätigt mit Änderungen

**8.2.2.1. Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum 2400/12
Änderungsantrag der Fraktion CDU zur DS 0814/12 (DS
2040/12) - Prüfauftrag: Förderung umweltschonender
Elektromobilität in Erfurt**

bestätigt

**8.3. Standardisiertes Verfahren für 0991/12
Einzelhandelsansiedlungen von Gewicht gemäß
Stadtratsbeschluss 0313/10 vom 05.05.2010: Errichtung
von großflächigen zentrenrelevanten
Einzelhandelsbetrieben in Erfurt - östlich der
Greifswalder Straße
Einr.: Oberbürgermeister**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 11.12.2012 bestätigt hat (Ja 8 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0).

Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., sprach sich im Namen seiner Fraktion für die Zustimmung der Vorlage aus.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, wies darauf hin, dass die Planungshoheit zu diesem Verfahren beim Stadtrat liegt und erläuterte seinen Standpunkt zu diesem Thema.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, schilderte seine Auffassung zu diesem Verfahren.

Herr Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, erläuterte den Hintergrund des Verfahrens und begründete die Aufstellung der vorliegenden Drucksache. Weiterhin ging er auf die Ausführungen seines Vorredners ein.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 34 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Dem Antrag des Vorhabenträgers auf Einleitung des standardisierten Verfahrens für Einzelhandelsansiedlungen von Gewicht hier: "Einzelhandelsvorhaben Ecke Leipziger Straße / Greifswalder Straße" wird entsprochen.

02

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt mit dem Vorhabenträger einen städtebaulichen Vertrag zur Kostenübernahme abzuschließen und auf Kosten des Vorhabenträgers eine Wirkungsanalyse des beabsichtigten Vorhabens im Hinblick auf die Einzelhandelsverträglichkeit zu beauftragen.

**8.4. Wahl eines ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten 1157/12
Einr.: Fraktion DIE LINKE.**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme des Seniorenbeirates und der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vorliegt.

Weiterhin liegt den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied ein Schreiben des Seniorenbeirates mit Vorschlägen für Kandidaten vor.

Der Stadtrat hat die Drucksache in seiner Sitzung am 27.06.2012 in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung hat die Drucksache in seiner Sitzung am 21.11.2012 bestätigt (Ja 2 Nein 1 Enthaltung 4).

Es liegt ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 2496/12 vor.

An der Diskussion beteiligten sich teilweise mehrfach:

- Frau Schuster, Fraktion FDP, sprach sich für Chancengleichheit für alle Beauftragten aus. Es sollte eine Stelle für alle geben.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass seine Fraktion dem Vorschlag der Fraktion DIE LINKE. nicht zustimmen wird und begründete dies.
- Herr Möller, Fraktion SPD, sprach sich für die weitere Unterstützung des Seniorenbeirates aus und bat um Zustimmung des Antrages der Fraktion SPD.
- Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., erläuterte die Intension des Antrages ihrer Fraktion. Zudem wird sie ihrer Fraktion empfehlen, dem Antrag der Fraktion SPD nicht zuzustimmen.
- Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, schilderte seine Ansicht zu den vorliegenden Anträgen und begründete diese.
- Herr Pfistner, Fraktion CDU, sprach sich im Namen seiner Fraktion für die Ablehnung der Ursprungsdrucksache der Fraktion DIE LINKE. aus. Den Antrag der Fraktion SPD werden sie unterstützen. Weiterhin erläuterte er das Konzept der Stadt Gera, in welchem der Vorsitzende des Seniorenbeirates gleichzeitig der Seniorenbeauftragte ist. Dies sei eine gute Lösung.
- Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., nahm Bezug zu den Aussagen seiner Vorredner.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, schlug vor den Beschlussvorschlag des Antrages der Fraktion SPD dahingehend zu ändern, dass man sagt "Der Oberbürgermeister schlägt dem Seniorenbeirat vor, die/den Vorsitzende/n des Seniorenbeirates zum Seniorenbeauftragten zu wählen."
- Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, wies darauf hin, dass das Modell in Gera bereits im Seniorenbeirat diskutiert wurde und letztendlich abgelehnt wurde, da eine tatsächliche Wahl gewollt ist. Anstatt übereilige Beschlüsse zu fassen, sollte die Vorlage nochmals in den zuständigen Ausschuss verwiesen werden.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit fasste die Stadtratsvorsitzende zusammen.

Daraufhin beantragte Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., die Verweisung beider Anträge in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung.

Herr Möller, Fraktion SPD, stimmte diesem Vorschlag im Namen seiner Fraktion zu.

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über diesen weitestgehenden Antrag, der Verweisung beider Anträge in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

Damit wurde der Verweisung zugestimmt.

Verwiesen in Ausschuss

**8.4.1. Änderungsantrag der Fraktion SPD zur DS 1157/12 - 2496/12
Wahl eines ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten**

Verwiesen in Ausschuss

**8.5. Partikelfilter für Baumaschinen 1443/12
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Durch die Stadtratsvorsitzende wurde bekannt gegeben, dass die Stellungnahme des Dezernates für Bau und Verkehr, des Gesundheitsamtes und der Handwerkskammer Erfurt den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vorliegt.

Der Stadtrat hat die Drucksache in seiner Sitzung am 28.11.2012 vertagt.

Es liegt ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN mit Drucksache 2430/12 vor. Zu diesem liegt die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

Die Drucksache in Fassung des Antrages DS 2430/12 wurde in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 11.12.2012 abgelehnt (Ja 4 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0).

Weiterhin liegt ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 2490/12 vor. Dieser ergänzt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN (DS 2430/12).

Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

An der Diskussion beteiligten sich teilweise mehrfach:

- Herr Kanngießner, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte die Intension des Antrages. Zudem erklärte er, dass seine Fraktion den Antrag der Fraktion SPD, welcher den Ursprungsantrag ergänzt, sowie den Formulierungsvorschlag der Stellungnahme der Verwaltung übernehmen wird. Weiterhin bat er um Zustimmung.

- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, wies auf den Nachteil für die kleinen mittelständigen Unternehmen hin. Nach Meinung seiner Fraktion sollte vor der Beschlussfassung zu diesem Thema zunächst das Ergebnis des Pilotprojekts Berlin abgewartet werden.
- Frau Tyroller, Fraktion CDU, nahm Bezug zu den Aussagen ihres Vorredners.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verdeutlichte nochmals das Ziel des Antrages seiner Fraktion und bat um Zustimmung.
- Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., unterstützte die Aussagen seines Vorredner und bat ebenfalls um Zustimmung zum Antrag.
- Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verstärkte die Aussagen seines Vorredners nochmals.
- Herr Rudovsky, Fraktion FDP, sprach sich dafür aus, die gesetzlichen Regelungen abzuwarten. Seine Fraktion spricht sich gegen diesen Antrag aus.
- Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nahm Bezug zu den Aussagen seines Vorredners.
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, betonte nochmals die Meinung seiner Fraktion die Entscheidung auf Landesebene abzuwarten.
- Frau Schuster, Fraktion FDP, bezog sich auf die Aussagen ihrer Vorredner.
- Herr Pfistner, Fraktion CDU, ging nochmals auf die Situation für kleinere mittelständige Unternehmen ein.
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, verdeutlichte die Notwendigkeit der Übergangsfrist.
- Herr Remus, Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass dies ein Kompromiss für die mittelständigen Unternehmen ist. Daher würde seine Fraktion diesem zustimmen.
- Herr Mlejnek, Beigeordneter für Bau und Verkehr, beantwortete die an ihn gerichtete Nachfrage und wies auf die Vergabestatistik aus dem Jahr 2011 hin. In dieser wird deutlich, dass der größere Anteil der Aufträge kleinere Aufträge sind.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Da die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag der Fraktion SPD inklusive der Formulierung der Stellungnahme der Verwaltung übernommen hat, ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache 2430/12 in Fassung des Antrages der Fraktion SPD (DS 2490/12) abstimmen.

Im Anschluss an die Abstimmung rief die Stadtratsvorsitzende die Fraktionsvorsitzenden für eine Klärung zusammen und danach fand die Pause statt.

mit Änderungen beschlossen Ja 27 Nein 12 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Bei Ausschreibungen städtischer Baumaßnahmen wird als Unterkriterium die ausschließliche Verwendung von mobilen Maschinen und Geräten aufgeführt die Abgasemissionsgrenzwerte der Stufe IV (Richtlinie 97/68/EG) einhalten.

02

Die Stadtverwaltung informiert private Bauherren über die ökologischen und gesundheitlichen Vorteile von Baumaschinen mit Partikelfiltern.

Drucksache in seiner Sitzung am 12.12.2012 bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen hat die Drucksache in seiner Sitzung am 13.12.2012 bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Die Nachfragen im Zusammenhang mit der Behandlung der Drucksachen 1647/12 - Abfallwirtschaftssatzung und 2136/12 - Abfallgebührensatzung wurden mit Drucksache 2416/12 beantwortet und liegen den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

Zum Tagesordnungspunkt 8.14 gab die Stadtratsvorsitzende folgende Voten bekannt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 11.12.2012 bestätigt (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben hat die Drucksache in seiner Sitzung am 12.12.2012 bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0)

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen hat die Drucksache in seiner Sitzung am 13.12.2012 bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Zudem liegt ein Antrag mit redaktionellen Änderungen der Verwaltung mit Drucksache 2444/12 vor.

Die Stadtratsvorsitzende eröffnete die gemeinsame Beratung. Wortmeldungen gab es nicht. Somit ließ sie zunächst TOP 8.6 - Drucksache 1647/12 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	10

Damit wurde die Drucksache beschlossen.

Anschließend rief sie den TOP 8.14 - Drucksache 2136/12 zur Abstimmung auf. Die Drucksache wurde in Fassung des Antrages der Verwaltung (DS 2444/12) abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	10

Somit ebenfalls beschlossen.

beschlossen Ja 29 Nein 0 Enthaltung 10 Befangen 0

01

Die "Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen in der Landeshauptstadt Erfurt - Abfallwirtschaftssatzung - (AbfwS)" gemäß Anlage 1 wird beschlossen.

Hinweis:

Die Anlage des Beschlusses wird der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

8.6.1. Nachfragen im Zusammenhang mit der Behandlung der Drucksachen 1647/12 - Abfallwirtschaftssatzung und 2136/12 - Abfallgebührensatzung 2416/12

zur Kenntnis genommen

**8.7. Bebauungsplan LIN641 "Azmannsdorfer Straße" - 1757/12
Änderung Aufstellungsbeschluss, Billigung Vorentwurf,
Frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung
Einr.: Oberbürgermeister**

Es wurde bekannt gegeben, dass der Ortsteilrat Linderbach die Drucksache in seiner Sitzung am 06.12.2012 bestätigt hat (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Drucksache in seiner Sitzung am 11.12.2012 bestätigt (Ja 8 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 35 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Der Aufstellungsbeschluss des Stadtrates vom 18.07.2012 (DS 0602/12) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Im Ortsteil Linderbach soll am nördlichen Ortsausgang zu Azmannsdorf, östlich der Azmannsdorfer Straße gem. § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB i. V. m. § 13 a Abs. 1 BauGB der Bebauungsplan LIN641 "Azmannsdorfer Straße" aufgestellt werden.

Die Abgrenzung des Geltungsbereiches ergibt sich aus der zeichnerischen Darstellungen des Vorhabenplanes (Anlage 2).

Mit dem Bebauungsplan werden folgende Planungsziele angestrebt:

- Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Entwicklung eines Wohngebietes
- Zulässigkeit von Einfamilienhäusern (Einzelhäuser) und zwei Mehrfamilienhäusern in ein- bis zweigeschossiger Bauweise
- Schaffung eines grünen Ortsrandes durch Festsetzung von privaten Grünflächen im Norden des Baugebietes
- Lösung des schalltechnischen Konflikts zwischen den emittierenden Bahnanlagen im Norden und dem Schutzanspruch der Wohnbebauung
- Beseitigung der bestehenden gewerblichen baulichen Anlagen und der Bodenversiegelungen

02

Der Bebauungsplan wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

03

Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

04

Der Vorhabenplan (Anlage 2) und die Vorhabensbeschreibung (Anlage 3) werden als Vorentwurf und Begründung des Bebauungsplanes LIN641 "Azmannsdorfer Straße" gebilligt.

05

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist durch öffentliche Auslegung des Vorentwurfes des Bebauungsplanes LIN641 "Azmannsdorfer Straße" und dessen Begründung durchzuführen.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, sind gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB zu beteiligen.

06

Zeitpunkt, Ort und Dauer der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sind ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

07

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, durch Erschließungsverträge und sonstige städtebauliche Verträge nach § 11 BauGB sicherzustellen dass

- die Übernahme der Planungskosten,
- die Beseitigung bestehender baulicher Anlagen und der Bodenversiegelung
- die Herstellung von Ausgleichsmaßnahmen und
- die Erschließungskosten

vom Antragsteller auf Einleitung des Bebauungsplanverfahrens übernommen werden.

Hinweis:

Die Anlagen des Beschlusses werden der Niederschrift als Anlagen 2 a-c beigelegt.

- 8.8. Abberufung und Benennung eines Aufsichtsratsmitgliedes 1769/12
Einr.: Fraktion SPD

vertagt

- 8.9. VS019 - Satzungsbeschluss über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre für den nördlichen Teilbereich des Geltungsbereiches des einfachen Bebauungsplans JOV573 "Eugen-Richter-Straße / Hamburger Straße" 1958/12
Ein.: Oberbürgermeister

Es wurde bekannt gegeben, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 11.12.2012 bestätigt hat (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 2). Somit wurde die Drucksache zur Abstimmung aufgerufen.

beschlossen Ja 39 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Auf Grund von § 14 Abs. 1, § 16 Abs. 1 i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 1, 2 und 3 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I, S. 1509) i.V.m. § 83 Abs. 2 Thüringer Bauordnung (ThürBO) i.d.F. vom 16.03.2004 (GVBl. S. 349), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.05.2011 (GVBl. S. 85) und §§ 19 Abs. 1 Satz 1, 2 Abs. 1 und 2 Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO) i.d.F. der Neubekanntmachung vom 28.01.2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Haushaltsbegleitgesetzes 2012 vom 21.12.2011 (GVBl. S. 531, 532) beschließt der Stadtrat Erfurt über die Anordnung der 1. Verlängerung der am 09.03.2012 in Kraft getretenen Veränderungssperre für den nördlichen Teilbereich des Geltungsbereiches des einfachen Bebauungsplanes JOV573 "Eugen-Richter-Straße/Hamburger Straße" - VS019 um ein Jahr. Der beiliegende Satzungstext über die Veränderungssperre und der Lageplan im Maßstab 1: 1000 sind Bestandteil des Beschlusses.

02

Die Satzung über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre ist im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt ortsüblich bekannt zu machen.

Hinweis:

Die Anlagen des Beschlusses werden der Niederschrift als Anlagen 3 a-c beigelegt.

**8.10. 1. Änderung der Tarifordnung zur Beteiligung der Eltern an den Aufwendungen für die Schülerspeisung an den staatlichen Schulen in der Landeshauptstadt Erfurt -SchSpTarifOEF-
Einr.: Oberbürgermeister 2013/12**

Wie unter TOP 2 abgestimmt und bestätigt, werden die Drucksachen, die die vorläufige Haushaltsführung betreffen (TOP 8.10, 8.17, 8.19 und 8.16) gemeinsam beraten und getrennt abgestimmt.

Zum **TOP 8.10** - 1. Änderung der Tarifordnung zur Beteiligung der Eltern an den Aufwendungen für die Schülerspeisung an den staatlichen Schulen in der Landeshauptstadt Erfurt -SchSpTarifOEF-, Einr.: Oberbürgermeister (Drucksache 2013/12) wurde Folgendes bekannt gegeben:

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben hat die Dringlichkeit der Drucksache in seiner Sitzung am 12.12.2012 nicht bestätigt hat (Ja 4 Nein 2 Enthaltung 2).

Zum **TOP 8.17** - Wegfall des 50-Cent-Zuschusses für die Verpflegung in Erfurter Kindertageseinrichtungen, Einr.: Oberbürgermeister (Drucksache 2379/12) wurde Folgendes bekannt gegeben:

Der Jugendhilfeausschuss hat die Dringlichkeit der Drucksache in seiner Sitzung am 06.12.2012 nicht bestätigt (Ja 3 Nein 4 Enthaltung 4).

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben hat die Dringlichkeit der Drucksache in seiner Sitzung am 12.12.2012 nicht bestätigt (Ja 5 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0).

Zum **TOP 8.19** - Einstellung des Entgeltes für das Sozialticket ab 01.01.2013, Einr.: Oberbürgermeister (Drucksache 2392/12) wurden folgende Voten bekannt gegeben:

Der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung hat die Dringlichkeit der Drucksache in seiner Sitzung am 05.12.2012 nicht bestätigt (Ja 2 Nein 4 Enthaltung 1).

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben hat die Dringlichkeit der Drucksache in seiner Sitzung am 12.12.2012 nicht bestätigt (Ja 2 Nein 2 Enthaltung 4 Befangen 0).

Es liegt ein Antrag der Verwaltung mit Drucksache 2482/12 vor.

Zudem liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 2506/12 vor.

Zum **TOP 8.16** - Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2013, Einr.: Oberbürgermeister (Drucksache 2259/12) wurde Folgendes bekannt gegeben:

Es liegen jetzt noch fünf Anträge vor. Dies sind:

- der Antrag der Verwaltung mit Drucksache 2395/12 und
- der Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 2505/12
- der Antrag des Jugendhilfeausschusses mit Drucksache 2436/12. Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.
- der Antrag der Verwaltung mit Drucksache 2483/12
- der Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 2504/12. Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

In den Sitzungen der Ausschüsse wurde wie folgt abgestimmt:

- Ausschuss für Bildung und Sport (05.12.2012)
Drucksache in Fassung DS 2395/12 wurde mehrheitlich bestätigt
- Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung (05.12.2012) Drucksache
in Fassung DS 2395/12 wurde mehrheitlich bestätigt (5/0/3)
- Bau- und Verkehrsausschuss (06.12.2012)
Drucksache in Fassung DS 2395/12 wurde mehrheitlich bestätigt (8/2/0)
- Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile (11.12.2012)
Drucksache in Fassung DS 2395/12 wurde mehrheitlich bestätigt (5/1/1)
- Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt (11.12.2012)
Drucksache in Fassung DS 2395/12 wurde mehrheitlich bestätigt (5/2/2)
- Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben (12.12.2012)
Drucksache in Fassung DS 2395/12 und DS 2436/12 wurde mehrheitlich bestätigt
(6/1/1)
- Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen (13.12.2012)
Drucksache in Fassung DS 2395/12 wurde mehrheitlich bestätigt (5/1/0)
- Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb (13.12.2012)
Drucksache in Fassung DS 2395/12 wurde mehrheitlich bestätigt (4/1/2)
- Werkausschuss Theater Erfurt (13.12.2012)
Drucksache in Fassung DS 2395/12 wurde mehrheitlich bestätigt (5/2/1)

- Werkausschuss Thüringer Zoopark (13.12.2012)
Drucksache in Fassung DS 2395/12 wurde mehrheitlich bestätigt (6/2/0)
- Kulturausschuss (13.12.2012)
Drucksache in Fassung DS 2395/12 wurde mehrheitlich bestätigt (5/3/0)
- Hauptausschuss (18.12.2012)
kein Votum

Weiterhin lag ein Antrag des Ortsteilbürgermeisters Moskauer Platz mit Drucksache 2442/12 vor. Dieser wurde mit E-Mail vom 12.12.2012 durch den Einreicher zurückgezogen.

Die Beantwortung der Nachfragen aus den Sitzungen der Ausschüsse liegen den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied mit den Drucksachen 2422/12 und 2466/12 vor.

Den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied liegt ein Schreiben der Frau Ministerin Taubert des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit vor.

Vor Eröffnung der Beratung stellte Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, einen Geschäftsordnungsantrag und beantragte eine halbe Stunde Auszeit.

Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion CDU, schlug vor, die weiteren Punkte der Tagesordnung zu behandeln und die Haushaltsdiskussion auf den folgenden Tag zu verschieben.

Daraufhin wurde dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Panse Folge geleistet und die Sitzung für eine halbe Stunde unterbrochen.

Nach der Auszeit stellte Herrn Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, Nachfragen bezüglich der Stellungnahme zur Thematik Sozialticket und dem dazugehörigen Änderungsantrag. Diese wurden durch Frau Pablich, Beigeordnete für Finanzen Liegenschaften und Vergaben und dem Oberbürgermeister beantwortet.

Daraufhin fragte Herr Besser, Fraktion Freie Wähler, beim Einreicher des Änderungsantrages das Zustandekommen der dargestellten Zahlen nach.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD beantwortete die Nachfrage und erläuterte die angegebenen Zahlen. Zudem fügte der Oberbürgermeister weitere Ausführungen an und belegte diese mit Beispielen.

Daraufhin eröffnete die Stadtratsvorsitzende die allgemeine Aussprache und gab zunächst Gelegenheit für grundsätzliche Bemerkungen.

Somit erläuterte Herr Möller, Fraktion SPD, zunächst einige grundsätzliche Überlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung. Hierbei solle das Ziel in dieser Sitzung sein, zur Thematik eine Entscheidung zu treffen um ein weiteres Handeln nach außen für das

kommende Jahr zu ermöglichen. Dabei müsse vor allem mit den Rahmenbedingungen, die vom Bund und Land vorgegeben werden, gearbeitet werden. Für diese Rahmenbedingungen gibt es Ursachen, auf diese mit der vorliegenden Resolution der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingegangen wird. Nach Meinung seiner Fraktion bedarf es hierzu einer sachlichen Diskussion, da es in erster Linie um die Betroffenen, diese sind im Jugendhilfebereich besonders Kinder und Jugendliche, geht. Damit steht insbesondere die Frage der sozialen Infrastruktur im Vordergrund, welche nach Meinung seiner Fraktion im Kern erhalten werden muss. In Abwägung aller sachlichen Fragen stimmen sie daher für den Wegfall des 50-Cent-Zuschusses für die Verpflegung in Erfurter Kindertageseinrichtungen und für den Erhalt des Sozialtickets. Damit bat er um Zustimmung für die Änderungsanträge.

Herr Vothknecht, Fraktion CDU, hinterfragte die Ausführungen seines Vorredners zur Finanzierung des Mittagessens.

Herr Möller beantwortete die Nachfragen.

Herr Rudovsky, Fraktion FDP, stellte eine Verständnisfrage an Herrn Möller bezüglich dessen Ausführungen zu den Rahmenbedingungen von Bund und Land.

Herr Möller beantwortete die Nachfrage.

Im Anschluss daran wies die Stadtratsvorsitzende auf die ihr vorliegenden Wortmeldungen hin und eröffnete die weiterführende Diskussion. An dieser beteiligten sich teilweise mehrfach:

- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, äußerte zunächst grundlegende Überlegungen zum 'Haushaltsentwurf 2013'. Bei der vorläufigen Haushaltsführung sei die Aussicht auf ein Ziel ungewiss und die Bürger seien zunehmend verunsichert. Weiterhin verwies er auf die Problematik für die freien Träger im Jugendhilfebereich. Seiner Fraktion fehlen konkrete Vorschläge, die vom Oberbürgermeister und der Verwaltung kommen sollten, hierbei ging er auf das Personalentwicklungskonzept ein. Daher werde weiter auf verbindliche Aussagen zu einem Haushaltsentwurf 2013 gewartet und den vorliegenden Anträgen nicht zugestimmt.
- Herr Metz, Fraktion SPD, ging auf die Aussagen seines Vorredners ein und hinterfragte diese.
- Herr Panse bezog Stellung zu den Ausführungen.
- Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, schlug vor die etwas erhitzte Diskussion ein wenig zurückzustufen und stellte zugleich eine Nachfrage an Herrn Panse.
- Herr Panse verdeutlichte daraufhin seinen Standpunkt.
- Der Oberbürgermeister schilderte in seinen Ausführungen den Zusammenhang der finanziellen Situation der Kommunen und der Landesgesetzgebung.

In der weiteren Diskussion zwischen:

- Frau Schuster, Fraktion FDP
- Herr Vothknecht, Fraktion CDU
- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU und
- dem Oberbürgermeister

wurde unter anderem das Instrument der vorläufigen Haushaltsführung als 'Notinstrument' und dessen Zielführung, vor allem im Bereich der Jugendhilfe und der freien Träger näher beleuchtet. Zu der Frage, wann mit einem Haushaltsentwurf für 2013 gerechnet werden kann, erklärte der Oberbürgermeister, dass in den kommenden Wochen Beratungen geführt werden müssen, um so bald wie möglich einen Entwurf aufstellen zu können.

Anschließend erläuterten Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. und Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in kurzen Redebeiträgen die Intension des gemeinsamen Antrages der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Blechschmidt ging hierbei auf die einzelnen Punkte des Antrages ein und betonte, dass das Ziel dessen sei, den freien Trägern noch Sicherheit gewährleisten zu können, auch wenn an einigen Stellen Sperren auferlegt werden müssen. Dennoch bleibe die Stadt Erfurt mit dieser vorläufigen Haushaltsführung zumindest handlungsfähig im Jahr 2013.

Herr Prof. Dr. Thumfart wies in seiner Rede darauf hin, Verantwortung zu übernehmen und betonte ebenfalls die Notwendigkeit der vorläufigen Haushaltsführung, da diese ein Weg ist Zeit zu gewinnen um Lösungen zu erarbeiten und dementsprechend einen durchdachten Haushalt für das Jahr 2013 zu bekommen.

Abschließend zu den allgemeinen Überlegungen diskutierten:

- Herr Möller, Fraktion SPD
- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU
- Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.

über die Ergebnisse zu dieser Debatte in den vorherigen Ausschusssitzungen. Herr Möller ging hierbei besonders auf die Behandlung der Thematik im Jugendhilfeausschuss ein und schilderte nochmals die Problematik aus Sicht der freien Träger.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, bezog Stellung zu den Aussagen seiner Vorredner:

"[...] Und Herr Blechschmidt woran wir uns garantiert nicht beteiligen werden, ist dieses Auspielen von verschiedenen Gruppen. Ich höre sehr wohl so diesen Tenor - naja dann müssen wir eben die 'Fünzig Cent' jetzt deswegen streichen, damit die Schulsozialarbeit weiter geht. Die Schulsozialarbeit hat nichts mit den 'Fünzig Cent' zu tun. Ich hätte von - natürlich das steht sogar in der Stellungnahme der Verwaltung drin. Das kann ich Ihnen sogar vorlesen, Frau Thierbach, dass diese 'Fünzig Cent' elementar dafür sind, dass die Schulsozialarbeit weiter finanziert wird. Sie haben es ja eben hier wieder vorgetragen, Herr Blechschmidt. Das geht in der Tat nicht. Ich bin dankbar, Herr Thumfart, für die Worte, die Sie hier gesagt haben. Sie haben nämlich einen durchaus bemerkenswerten Satz gesagt 'Man muss dann auch dazu stehen und sagen, ich übernehme Verantwortung.' Herr Blechschmidt, das ist das was ich bei Ihnen vermisse. Sie übernehmen da keine Verantwortung dafür, sondern sie sagen 'Wir haben hier eine Resolution. und die

Resolution ist dann die Maßschnur dafür, ob wir möglicherweise handeln müssen oder nicht. Andere sind daran schuld. Herr Thumfart, deswegen sage ich das. Respekt dafür, Sie haben gesagt, das sind unliebsame Entscheidungen, wir bekennen uns dazu, wir übernehmen dann auch die Verantwortung dafür. Dann können wir ja darüber diskutieren, über das Für und Wider. Natürlich, wir haben auch bei dem letzten Doppelhaushalt gesagt, wir halten das Sozialticket für kein geeignetes Instrument. Nicht nur die Steuerungswirkung, die dazu eine Rolle spielt, das haben wir hier diskutiert, auch die Frage, wie das verwaltungstechnisch bearbeitet wird, was das kostet Drumherum. Das haben wir das letzte Mal deutlich gemacht und letzter Punkt - ja es gab auch im Laufe der Zeit zwischendurch ne ganze Menge an Zuwächsen wieder. Wir haben uns hier im Stadtrat über Lernen vor Ort unterhalten, zu einem Zeitpunkt wo dieses 31 Millionen Haushaltsloch ja offensichtlich für die Verwaltung überdeutlich am Horizont erkennbar war. Sie haben mit Leidenschaft für den Bereich hier diskutiert. Ich kann mich ja noch an die Diskussion erinnern zwischen ihren beiden Fraktionen. Aber da war doch schon in Sicht, dass das Geld nicht andeutungsweise in diesem Jahr reichen wird, schon gar nicht für neue Projekte und trotzdem ist diese Diskussion hier geführt worden. Das gehört doch dann zur ehrlichen Diskussion, dass man das irgendwann auch einmal auflisten darf - das ist noch keine Lösung Herr Blechschmidt. Aber ich habe auch gesagt, die Lösungen werden wir miteinander diskutieren können, wenn wir einen Haushaltentwurf haben, wenn wir Haushaltstellen haben und an der einen Position Einnahmen stehen und an der anderen Position die Ausgaben. Auch das habe ich schon mal gesagt, das ist die Voraussetzung dazu, dass man sagen kann, dass das eine einem mehr Wert ist als das Andere. Und dann am Ende, Herr Thumfart, um bei den Worten zu bleiben, am Ende dann auch sagen: 'ja wir stehen zu diesen Entscheidungen, das haben wir gemacht, wir können es erklären, es gefällt uns nicht, aber wir können es erklären und stehen dazu'. Das gehört dann auch zu ner sachlichen Diskussion. Ich bin gerne bereit, dass wir die auch mit Blick auf den Haushalt 2013 miteinander führen können. Haste gesagt, liebe Birgit, wir werden es hoffentlich dann auch sachdienlich vorher in den Ausschüssen führen können, aber das setzt auch voraus, dass man diese Änderungsanträge in den Ausschüssen vorher miteinander diskutieren kann. Die drei Änderungsanträge, die heute hier auf dem Tisch liegen, haben wir nicht in den Ausschüssen diskutieren können und ich lese immer noch den Satz - Stellungnahme der Verwaltung: 'Diesen Vorschlägen kann nicht gefolgt werden.' - steht da drinnen. Diesen Widerspruch muss man an irgendeiner Stelle dann mal irgendwann aufklären, ob die Verwaltung sagt, naja wir nehmen es zur Kenntnis, wir können zwar den Vorschlägen nicht folgen, aber dann beschließt es halt trotzdem mal und wir gucken dann mal, was in Folge des nächsten halben Jahres noch passiert."

Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. reagierte auf die Aussagen: "Ein bisschen zuhören reicht dann eben auch nicht. Das ist ähnlich wie 'ein bisschen nicht die Wahrheit sagen, ist auch geschummelt'. Wenn Sie denn zugehört haben, dann ist die zweite Stufe, es auch verstehen zu können und zu wollen. Und nun will ich nicht in Abrede stellen, dass ich vielleicht in der Debatte ein wenig ungenau formuliert habe, aber wenn man intellektuell nicht erfasst, dass ich sage, wenn 'Fünfzig Cent' gestrichen werden, dass andere soziale Leistungen unter anderem Schulsozialarbeit, Fortführung Jugendförderplan, kulturelle Leistungen oder das Sozialticket fortgeführt werden können, dann kann ich auch nichts mehr ändern hier an der Stelle. Und das hat mich am meisten ein wenig gegrämt, deswegen stehe ich hier vorn, wenn aus meiner Rede nicht deutlich geworden ist, dass ich

Verantwortung hier übernehmen will, dann weiß ich nicht im Grunde genommen, was ich hier vorne noch tue, wenn ich gegebenenfalls in die Richtung spreche hier. Dann muss ich mir was anderes in Zukunft überlegen, mit Bildern arbeiten, leichte Sprache oder was auch immer. Aber wenn wir schon dabei sind und das ist mein letzter Satz: Kollege Panse, entweder gehen Sie hier vor und sagen 'ich lege am 3. Januar einen Haushalt hier vor, auch wenn ich es nicht muss, damit ich es euch zeige, dass das möglich ist' oder Sie schweigen und stimmen der vorläufigen Haushaltsführung zu, damit Sie im Grunde genommen die Möglichkeit haben auch im kommenden Jahr entsprechend mit gestalten zu können. Danke."

Herr Panse direkt dazu: "Herr Blechschmidt, ihr letzter Satz war ne Unverschämtheit. Hier am Rednerpult im Erfurter Stadtrats zu sagen 'oder Sie schweigen', ist eine Unverschämtheit, die sich vor 23 Jahren das letztes Mal Vorgänger in ihrer Partei getraut haben. Ich bitte Sie, sehr eindringlich Herr Blechschmidt, wenn wir die Diskussion auf diesem Niveau weiter fortführen wollen, dass Sie erklären, wie Sie das gemeint haben. Ich werde weder einen Haushalt vorlegen, ich habe das vorhin erklärt, warum die Kommunalordnung ganz klar die Aufgabe der Verwaltung und dem Oberbürgermeister zuweist, noch werde ich schweigen, Herr Blechschmidt. Ob Sie der Auffassung sind, dass Ihnen das gefällt oder nicht, ist für mich an dieser Stelle völlig unmaßgeblich. Dafür sind wir im Erfurter Stadtrat, dass wir miteinander reden und dass die Menschen das sagen, was sie meinen oder was sie meinen vorbringen zu möchten."

Bezug nehmend darauf, erklärte Herr Blechschmidt: "Genau, genau das ist es. Demokratie ist schwer. Ja da haben Sie den zynischen Hintergrund damals auch nicht verstanden - intellektuell - das tut mir ja leid, dass ich das dann gegebenenfalls dann noch mal sagen muss. Aber ich denke immer oder ich unterstelle anderen immer, das was ich selber gerne tue. Ich habe an keiner Stelle Ihnen das Wort verbeten, zu sagen, Sie müssen hier nicht reden, dürfen nicht Ihre Vorschläge machen. Ich habe nur, ich habe nur gesagt, wenn Sie nicht in der Lage sind entsprechende Vorschläge oder Anträge oder Gedanken und Überlegungen hier auf den Tisch zu legen, dann, dann schweigen Sie, habe ich gesagt. Und unterstellen Sie mir nicht die Unverschämtheit, dass ich Ihnen das Wort hier oder die Meinung verbiete von dem Punkt. Nämlich das ist hinterhältig und das ist verfehlt."

Direkt dazu, Herr Panse: "Ich bitte genau die letzten Sätze, Herr Blechschmidt, die Sie gesagt haben und die ich gesagt habe im Hauptausschuss mit Ihnen diskutieren zu können, dann können wir uns das noch mal anhören was Sie gesagt haben. Es ist ja zum Glück auch noch verfügbar. Das müssen wir nicht heute fortführen, aber ich bitte darum, dies ins Protokoll aufzunehmen, dass ich das im Hauptausschuss gerne weiter diskutieren möchte."

Zu den grundsätzlichen Anmerkungen lagen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daraufhin rief die Stadtratsvorsitzende die einzelnen Tagesordnungspunkte auf und eröffnete die Beratung.

Zum **TOP 8.10 - 1. Änderung der Tarifordnung zur Beteiligung der Eltern an den Aufwendungen für die Schülerspeisung an den staatlichen Schulen in der Landeshauptstadt Erfurt -SchSpTarifOEF-** gab es keine Wortmeldungen.

Zum **TOP 8.17** - Wegfall des 50-Cent-Zuschusses für die Verpflegung in Erfurter Kindertageseinrichtungen gab es ebenfalls keine Wortmeldungen.

Zum **TOP 8.19** - Einstellung des Entgeltes für das Sozialticket ab 01.01.2013 beteiligten sich teilweise mehrfach folgende Personen an der Diskussion:

- Herr Pfistner, Fraktion CDU, erläuterte die Intension der Fraktion CDU zum Sozialticket.
- Frau Hennig, Fraktion DIE LINKE., bezog sich auf die Aussagen ihres Vorredners und stellte eine Verständnisfrage.
- Herr Möller, Fraktion SPD, stellte eine Nachfrage an Herrn Pfistner.
- Herr Pfistner, antwortete auf die an ihn gerichteten Nachfragen.
- Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, nahm Bezug zu der Thematik des Sozialticket und verwies auf die Gespräche, welche mit den Vertragspartnern geführt worden sind. Zudem betonte sie die Notwendigkeit, die vorläufige Haushaltsführung zu bestätigen, damit die Handlungsfähigkeit zum 01.01.2013 bestehen bleibt.
- Der Oberbürgermeister wies auf die Gespräche mit dem VMT hin. Hierzu erklärte er, dass die Gespräche bereits geführt werden, jedoch die Beschlüsse im VMT einstimmig gefasst werden müssen, dass heißt alle Verbundpartner müssen diesem zustimmen. Sobald Ergebnisse vorliegen, werde der Stadtrat über diese informiert.
- Herr Hutt, Fraktion CDU, stellte eine Nachfrage.
- Der Oberbürgermeister beantwortete diese.

Weitere Wortmeldungen zum Thema Sozialticket gab es nicht.

Damit rief die Stadtratsvorsitzende den **TOP 8.16** - Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2013 und die fünf weiteren Anträge zur Beratung auf.

Zu diesem lagen folgende Wortmeldungen vor:

- Herr Möller, Fraktion SPD, erläuterte die Intension des Änderungsantrages des Jugendhilfeausschusses.
- Herr Hutt, Fraktion CDU, ging in seinen Ausführungen besonders auf die Sperren für den Bereich der Kultur ein.
- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, hinterfragte die sich ergebenden Auswirkungen der Sperren für das Fanprojekt.
- Herr Malur, Sportdirektor Erfurter Sportbetrieb, beantwortete die Nachfrage und erläuterte den aktuellen Stand zum Fanprojekt. Zudem sei die Weiterführung des Fanprojektes für Folgejahre von der Haushaltsituation abhängig.
- Herr Panse, nahm Bezug zu den Aussagen seines Vorredners.

- Der Oberbürgermeister betonte diesbezüglich nochmals die momentane Notwendigkeit der vorläufigen Haushaltsführung um 2013 die Haushaltsdiskussion einschließlich der Berücksichtigung des Fanprojektes durchführen zu können.
- Herr Möller, Fraktion SPD, verdeutlichte nochmals den Inhalt des Antrages der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, welcher den Willen signalisiert das Fanprojekt auf Dauer fortzuführen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief die Stadtratsvorsitzende die einzelnen Tagesordnungspunkte mit den jeweiligen Abstimmungsvorschlägen zur Abstimmung auf.

Zunächst wurde der **TOP 8.10** - Drucksache 2013/12 - 1. Änderung der Tarifordnung zur Beteiligung der Eltern an den Aufwendungen für die Schülerspeisung an den staatlichen Schulen in der Landeshauptstadt Erfurt -SchSpTarifOEF- zur Abstimmung aufgerufen:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	9
Enthaltungen:	2

Somit wurde die Drucksache beschlossen.

Daraufhin ließ die Stadtratsvorsitzende den **TOP 8.17**. - Drucksache 2379/12 - Wegfall des 50-Cent-Zuschusses für die Verpflegung in Erfurter Kindertageseinrichtungen abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	10
Enthaltungen:	1

Somit wurde die Drucksache beschlossen.

Damit rief die Stadtratsvorsitzende den **TOP 8.19**. - Drucksache 2392/12 - Einstellung des Entgeltes für das Sozialticket ab 01.01.2013 zur Abstimmung auf.

Entsprechend dem Abstimmungsvorschlag stellte die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 2506/12) zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 28
Nein-Stimmen: 9
Enthaltungen: 2

Somit bestätigt.

Nach diesem wurde über die Drucksache in Fassung des Antrages der Verwaltung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 30
Nein-Stimmen: 7
Enthaltungen: 2

Damit wurde die Drucksache mit den Änderungen der Formalien beschlossen.

Abschließend wurde der **TOP 8.16** - Drucksache 2259/12 - Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2013 zur Abstimmung aufgerufen.

Entsprechend dem Abstimmungsvorschlag rief die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 2504/12) zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 29
Nein-Stimmen: 7
Enthaltungen: 3

Somit bestätigt.

Danach wurde der Antrag des Jugendhilfeausschusses (Drucksache 2436/12) abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 29
Nein-Stimmen: 7
Enthaltungen: 3

Damit ebenfalls bestätigt.

Im Anschluss wurde rief die Stadtratsvorsitzende den Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 2505/12), welcher die Drucksache 2259/12 ergänzt, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	7
Enthaltungen:	3

Somit bestätigt.

Abschließend ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache in Fassung der beiden Anträge der Verwaltung (Drucksache 2395/12 und Drucksache 2483/12) unter Beachtung der vorherigen Abstimmungsergebnisse abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	8
Enthaltungen:	2

Damit ebenfalls bestätigt.

Im Anschluss an diese Abstimmung rief die Stadtratsvorsitzende die Fraktionsvorsitzenden nach vorn, um sich über die Fortführung der weiteren Tagesordnung zu verständigen.

Dabei wurde sich fraktionsübergreifend darauf geeinigt, die Tagesordnung bis zum Ende abzuarbeiten.

beschlossen Ja 28 Nein 9 Enthaltung 2 Befangen 0

01

Die 1. Änderung der Tarifordnung zur Beteiligung der Eltern an den Aufwendungen für die Schülerspeisung an den staatlichen Schulen in der Landeshauptstadt Erfurt - SchSpTarifOEF - wird beschlossen.

Hinweis:

Die 1. Änderung der Tarifordnung wird der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

8.11. Verstärkter (Wieder-)Aufbau von selbstkochenden Einrichtungen zur Bereitstellung von Mittagessen für Schul- und Kindergartenkinder - Prüfauftrag 2039/12
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Es wurde bekannt gegeben, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vorliegt.

Der Stadtrat hat die Drucksache in seiner Sitzung am 07.11.2012 in den Ausschuss verwiesen.

Der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung hat die Drucksache in seiner Sitzung am 21.11.2012 bestätigt (Ja 4 Nein 1 Enthaltung 2).

Der Ausschuss für Bildung und Sport hat die Drucksache in seiner Sitzung am 05.12.2012 abgelehnt (Ja 4 Nein 4 Enthaltung 2 Befangen 0).

Der Jugendhilfeausschuss hat die Drucksache in seiner Sitzung am 06.12.2012 ebenfalls abgelehnt (Ja 2 Nein 3 Enthaltung 7).

Es liegt ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN mit Drucksache 2188/12 vor. Dieser wurde in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 21.11.2012 bestätigt (Ja 4 Nein 1 Enthaltung 2), im Ausschusses für Bildung und Sport am 05.12.2012 abgelehnt (Ja 3 Nein 4 Enthaltung 3 Befangen 0) und im Jugendhilfeausschuss am 06.12.2012 ebenfalls abgelehnt (Ja 2 Nein 2 Enthaltung 8).

Der Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 2189/12 wurde zurückgezogen.

An der Diskussion beteiligten sich teilweise mehrfach:

- Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., erläuterte die Intension des Antrages.
- Herr Hilgenfeld, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, schilderte seine Ansicht zum Sachverhalt anhand persönlicher Beispiele. Nach Meinung seiner Fraktion sei ein dezentrales Mittagsangebot für Erfurter Schul- und Kindergartenkinder von Vorteil.
- Herr Metz, Fraktion SPD, zeigte in seinen Ausführungen auf, dass dieses Vorhaben wünschenswert sei, aber nicht bezahlbar.
- Frau Schuster, Fraktion FDP, gab zu Bedenken, dass diese Entscheidung nicht der Stadtrat sondern der Träger oder die Schulkonferenz zu treffen hat. Diesen sollte daher auch die Entscheidung überlassen werden.
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, hielt die Überschrift der Drucksache für sehr irritierend.
- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, stellte an die Verwaltung eine Nachfrage bezüglich der Erfüllung des Prüfauftrages.

- Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., gab ihre Kenntnisse aus dem Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung bekannt.
- Herr Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, wies darauf hin, wenn diese Vorlage im Stadtrat bestätigt wird, wird es zudem eine Vorlage aus der Verwaltung geben.
- Frau Hoyer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nahm Bezug zu den Aussagen von Frau Schuster.
- Frau Landherr, Fraktion DIE LINKE., wies auf die Aussagen, welche im Ausschuss für Bildung und Sport getroffen wurden, hin und erläuterte diese.
- Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, schilderte seine Ansicht zum Sachverhalt. Seiner Meinung nach liegt die Verantwortung und das Recht bei Recht der Eltern.
- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, nahm Bezug zu den Aussagen seines Vorredners und unterstützte die Ansicht, dass die eigentliche Verantwortung bei den Eltern liegt. Zudem gab er zu Bedenken, dass für selbstkochende Einrichtungen vor allem Personal notwendig ist und sich dies auf den finanziellen Betrag, den die Eltern für ein Mittagessen bezahlen müssen, auswirkt. Es sollten seiner Meinung nach zunächst die Eltern befragt werden.
- Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nahm Bezug zu den Aussagen von Herrn Dr. Beese.
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, sprach sich im Namen seiner Fraktion für die Zustimmung zum Prüfauftrag aus.
- Herr Vothknecht, Fraktion CDU, stellte Frau Thierbach eine Nachfrage zu den Aussagen im Ausschuss.
- Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, beantwortete die an sie gerichtete Frage.
- Herr Pfistner, Fraktion CDU, fragte nach, ob die entsprechenden Elternbeiräte mit einbezogen werden, wenn die Vorlage mehrheitlich beschlossen wird.
- Frau Thierbach, wies darauf hin, dass zunächst geprüft werde, wo es überhaupt Voraussetzungen und Kompetenzen vorliegen und wenn dies abgeschlossen sei, dann werden die Elternbeiräte einbezogen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung auf.

Zunächst wurde der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN (Drucksache 2188/12), welcher die Drucksache 2039/12 ergänzt, abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	5
Enthaltungen:	8

Somit bestätigt.

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 2). Somit wurde die Drucksache zur Abstimmung aufgerufen.

beschlossen Ja 39 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

01

Das Gebiet im Bereich der Inneren Oststadt (Anlage 1) wird als Quartier im Sinne der Definition des KfW-Programms "Energetische Stadtentwicklung - Zuschüsse für integrierte Quartiers-konzepte und Sanierungsmanager" (Programmnummer 432) beschlossen.

Hinweis:

Die Anlage des Beschlusses wird der Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.

8.14. Satzung zur Erhebung von Benutzungsgebühren für die 2136/12
öffentliche Abfallentsorgung in der Landeshauptstadt
Erfurt -Abfallgebührensatzung (AbfGebS)-
Einr.: Oberbürgermeister

siehe TOP 8.6

mit Änderungen beschlossen Ja 29 Nein 0 Enthaltung 10 Befangen 0

01

Die Gebührenkalkulation für den Zeitraum 2013 - 2015 gemäß Anlage 3 wird bestätigt.

02

Die Satzung zur Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung in der Landeshauptstadt Erfurt - Abfallgebührensatzung (AbfGebS)- gemäß Anlage 1 wird beschlossen.

Hinweis:

Die Anlagen des Beschlusses werden der Niederschrift als Anlagen 6 a-b beigelegt.

8.14.1. Änderungsantrag der Verwaltung zur DS 2136/12 - 2444/12
Satzung zur Erhebung von Benutzungsgebühren für die
öffentliche Abfallentsorgung in der Landeshauptstadt
Erfurt -Abfallgebührensatzung (AbfGebS)-

bestätigt

8.15. Wohnungsneu- und umbau in Erfurt - Prüfauftrag 2227/12
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

vertagt

8.16. Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2013 2259/12
Einr.: Oberbürgermeister

siehe TOP 8.10

mit Änderungen beschlossen Ja 29 Nein 8 Enthaltung 2 Befangen 0

01

Die Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2013 gemäß Anlage 1 werden beschlossen.

02

Die in der Anlage 2 ausgewiesenen Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2013 gem. § 61 ThürKO für den Bereich der Jugendhilfe (Amt 51) zu den Zuweisungen und Zuschüssen Gr. 71 werden beschlossen.

03

Die Resolution zum städtischen Haushalt 2013 (Anlage 3) wird beschlossen.

Hinweis:

Die Anlagen des Beschlusses werden der Niederschrift als Anlage 7 a-c beigefügt.

8.16.1. Änderungsantrag der Verwaltung zur Drucksache 2395/12
2259/12- Festlegung zur vorläufigen Haushaltsführung
2013

bestätigt

8.16.2. Ergänzungsantrag der Fraktionen Fraktionen SPD, DIE 2505/12
LINKE u. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 2395/12 -
Änderungsantrag der Verwaltung zur Drucksache
2259/12- Festlegung zur vorläufigen Haushaltsführung
2013

bestätigt Ja 29 Nein 7 Enthaltung 3 Befangen 0

8.16.3. Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur Drucksache 2259/12 - Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2013 2436/12

bestätigt Ja 29 Nein 7 Enthaltung 3 Befangen 0

8.16.4. Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Moskauer Platz zur Drucksache 2259/12 - Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2013 2442/12

zurückgezogen

8.16.5. 2. Änderungsantrag der Verwaltung zur Drucksache 2259/12- Festlegung zur vorläufigen Haushaltsführung 2013 2483/12

bestätigt

8.16.6. Änderungsantrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2013 2504/12

bestätigt Ja 29 Nein 7 Enthaltung 3 Befangen 0

8.16.7. Nachfragen aus der Sitzung des Ausschusses Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung vom 05.12.2012 zu den Drucksachen 2259/12 und 2395/12 2422/12

zur Kenntnis genommen

8.16.8. Informationsaufforderung zur DS 2259/12 - Festlegungen zur vorläufigen Haushaltsführung 2013 2466/12

zur Kenntnis genommen

8.17. Wegfall des 50-Cent-Zuschusses für die Verpflegung in Erfurter Kindertageseinrichtungen Einr.: Oberbürgermeister 2379/12

siehe TOP 8.10

beschlossen Ja 28 Nein 10 Enthaltung 1 Befangen 0

01

Ab dem 1. Januar 2013 wird der 50-Cent-Zuschuss für die Verpflegung an die freien Träger durch die Stadt nicht mehr gezahlt.

02

Die Satzung zur 3. Änderung der Satzung der Landeshauptstadt Erfurt über die Erhebung von Elternbeiträgen und Verpflegungsgebühren in kommunalen Kindertageseinrichtungen und Tagespflege -KitaGebSEF gemäß Anlage 1 wird beschlossen.

Hinweis:

Die Anlage des Beschlusses wird der Niederschrift als Anlage 8 beigelegt.

8.18. 10. über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellung 2012 2385/12
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache in seiner Sitzung am 12.12.2012 bestätigt hat (Ja 6 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0).

Frau Hoyer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gab ein kurzes Statement zur Drucksache ab.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 32 Nein 7 Enthaltung 0 Befangen 0

Der überplanmäßigen Mittelbereitstellung nach § 58 Abs. 1 ThürKO gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.

Hinweis:

Die Anlage des Beschlusses wird der Niederschrift als Anlage 9 beigelegt.

8.19. Einstellung des Entgeltes für das Sozialticket ab 2392/12
01.01.2013
Einr.: Oberbürgermeister

siehe TOP 8.10

mit Änderungen beschlossen Ja 30 Nein 7 Enthaltung 2 Befangen 0

Der Titel der Drucksache wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Fortführung Sozialticket 2013 - Änderung des Verkaufspreises“

01

Das Sozialticket wird ab Januar 2013 weiter an Inhaber des Sozialausweises ausgegeben.

02

Das Entgelt für ein Sozialticket wird ab 01.01.2013 auf 30,00 EUR monatlich festgesetzt.

03

Pro Bedarfsgemeinschaft wird 1 Ticket pro Monat ausgegeben. Nicht anspruchsberechtigt sind Personen bzw. Bedarfsgemeinschaften, deren Fahrtkosten von Dritten, z. B. Sozialleistungsträgern bzw. -erbringern, übernommen werden.

**8.19.1. Änderungsantrag der Verwaltung zur DS 2392/12 - 2482/12
Einstellung des Entgelts für das Sozialticket ab
01.01.2013**

bestätigt

**8.19.1.1. Änderungsantrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und 2506/12
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 2482/12 -
Änderungsantrag der Verwaltung zur DS 2392/12 -
Einstellung des Entgelts für das Sozialticket ab
01.01.2013**

bestätigt Ja 28 Nein 9 Enthaltung 2 Befangen 0

**8.20. Abberufung und Neubenennung eines 2393/12
Aufsichtsratsmitglied der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

beschlossen Ja 38 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Mit Wirkung zum 1.1.2013 wird Kathrin Hoyer als Aufsichtsrätin der SWE Stadtwerke Erfurt GmbH abberufen. Neuer Aufsichtsrat wird Ludger Kanngießer.

- 8.21. Abberufung und Neubenennung Sparkassenverbandsrat 2394/12**
Sparkasse Mittelthüringen
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Zudem liegt ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 2488/12 vor, welcher die Drucksache 2394/12 ergänzt.

Wortmeldungen gab es nicht. Somit wurde direkt über die Drucksache in Fassung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgestimmt.

mit Änderungen beschlossen Ja 38 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Mit Wirkung vom 1.1.2013 wird Kathrin Hoyer als übrige Verbandsrätin im Sparkassenverbandsrat der Sparkasse Mittelthüringen abberufen. Neuer übriger Verbandsrat wird Thomas Meier.

Stellvertretende übrige Verbandsrätin im Sparkassenzweckverband der Sparkasse Mittelthüringen wird Katrin Gabor.

- 8.21.1. Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE 2488/12**
GRÜNEN zur DS 2394/12 - Abberufung und
Neubenennung Sparkassenverbandsrat Sparkasse
Mittelthüringen

bestätigt

- 8.22. Neofaschistische Symboliken auf städtischen 2411/12**
Veranstaltungen eindämmen
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Verwiesen in Ausschuss

- 8.23. Elektromobilität 2418/12**
Einr.: Fraktion SPD

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vorliegt.

Die Drucksache wird ohne Vorberatung behandelt.

In der Sitzung gab Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, bekannt, dass seine Fraktion den Antrag zurück zieht.

zurückgezogen

8.24. Doppik 2420/12
Einr.: Fraktion SPD

Verwiesen in Ausschuss

9. Informationen

9.1. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Erfurt 2012 1332/12
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen die Drucksache in seiner Sitzung am 13.12.2012 zur Kenntnis genommen hat.

Wortmeldungen gab es nicht.

zur Kenntnis genommen

9.2. 3. Psychiatriebericht der Landeshauptstadt Erfurt 1591/12
Einr.: Oberbürgermeister

Es wurde bekannt gegeben, dass der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung die Drucksache in seiner Sitzung am 21.11.2012 zur Kenntnis genommen hat.

Die im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung vorgestellten redaktionellen Änderungswünsche zum 3. Psychiatriebericht wurden in den Bericht eingebracht.

Herr Krull, Fraktion SPD, ging kurz auf den Inhalt des Psychiatrieberichtes ein.

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, nahm Bezug zu den Aussagen ihres Vorredners.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

zur Kenntnis genommen

9.2.1. Fragen und Anregungen zur Drucksache 1591/12 - 3. 1881/12
Psychiatriebericht der Landeshauptstadt Erfurt

zur Kenntnis genommen

- 9.3. **Genehmigung der dritten Nachtragshaushaltssatzung 2410/12**
 und des dritten Nachtragshaushaltsplanes für das
 Haushaltsjahr 2012
 Einr.: Oberbürgermeister

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

zur Kenntnis genommen

Daraufhin beendete die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, den öffentlichen Teil der Sitzung.

Pelke
Stadtratsvorsitzende

Birke
Schriftführerin